

Rede zum Haushalt 2017

von Ralf Michalowsky, DIE LINKE
am 21.11.2016 im Kreistag von Recklinghausen

Herr Landrat, meine Damen und Herren,

„alle Jahre wieder“ unterhalten wir uns hier über die kommunale Mangelverwaltung.

Der Haushaltsentwurf für 2017 war ganz sicher mal wieder viel Arbeit. Dafür dankt DIE LINKE allen Beteiligten aus der Verwaltung.

Die meisten der hier Anwesenden wissen jedoch, wie es zu den knappen Kassen gekommen ist.

Es fängt mit der Reduzierung der Landeszuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz an: der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes wurde vor mehr als zwei Jahrzehnten von 28,5 % auf 23 % gekürzt.

Hier muß zunächst gegengesteuert werden.

Kurzfristig muss der Anteil der an die Kommunen geht, wieder auf 25 % steigen und langfristig wieder auf 28,5 %!

Die Schulden der Kommunen sind überwiegend durch Landes- und Bundesgesetze zustande gekommen. Deshalb müssen auch Land und Bund den Großteil der Schulden der Kommunen übernehmen.

Die Finanznot der Kommunen wird auch an den Kassenkrediten deutlich, die bundesweit zwischen 2002 und 2010 von rund 10 Milliarden Euro auf über 40 Milliarden Euro gestiegen sind. Im ersten Quartal 2015 lagen sie schon bei 51,5 Mrd. Euro.

Die NRW-Kommunen halten 53 % aller Kassenkredite in Deutschland.

Fachleute rechnen mit einer Steigerung der Kassenkredite auf 77 Mrd. Euro bis 2020.

Ursprünglich nur zur Überbrückung kurzfristiger Engpässe gedacht, machen die Kassenkredite inzwischen mehr als ein Drittel der Gesamtverschuldung der Kommunen aus.

Trotz des sogenannten Stärkungspaktes kommen die Kommunen aus dieser Nummer nicht mehr heraus!

In den letzten 20 Jahren sind die Ausgaben der Gemeinden um mehr als 300 Prozent gestiegen, ihre Einnahmen aber nur um etwa 130 Prozent.

Statt Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, erleben wir die Schließung von Einrichtungen wie Jugendzentren, kulturellen Einrichtungen und Schulen, kaputte Straßen.

Durch die ständigen Abgaben und Steuererhöhungen erreichen die Müllgebühren und der Grundsteuer B-Hebesatz langsam Werte, die alle Befürchtungen der letzten Jahre noch übertreffen!

Und was hört man aus dem Landtag: Die SPD denkt über eine Deckelung der Gewerbesteuer nach. Auf die Idee einer Obergrenze für die Grundsteuer B zum Schutz der Bürger kommt niemand von den Spezialdemokraten.

Rede zum Haushalt 2017

von Ralf Michalowsky, DIE LINKE

am 21.11.2016 im Kreistag von Recklinghausen

Jedes Jahr hören wir von den leidgeprüften Kämmerern der Städte: „Das reicht alles nicht, um die strengen Vorgaben des „Stärkungspaktes“, die die Landesregierung unseren Städten aufgezwungen hat, zu erfüllen.“

Wie kommt es zu diesem Desaster?

Nehmen wir mal diesen Kreistag:

- Hier sitzen Kreistagsmitglieder, von denen viele gleichzeitig Ratsmitglieder sind
- Wir haben hier Parteivorsitzende aus den Städten
- LWL-Abgeordnete
- Landtagsabgeordnete
- Auch der Vorsitzenden der RVR-Verbandsversammlung befindet sich unter uns.

Und was passiert? Man spielt Schwarzer Peter!

Freunde der Mengenlehre sehen die Schnittmengen der Verantwortlichen ganz deutlich:

- Im Bund sind das SPD und CDU
- Im Land sind es SPD und Grüne
- Im Kreistag sind es auch SPD und Grüne.

Klares Ergebnis! Die größte Schnittmenge gibt es bei der SPD!

Angesichts der desaströsen Lage des Landeshaushaltes ist auch von dort kaum Hilfe zu erwarten.

Es müssen tiefgreifende politische Schritte eingeleitet werden und da sind Sie alle gefordert.

- Die Vermögensverschiebung von unten nach oben muss beendet und umgekehrt werden
- Wir brauchen eine neue Erbschaftssteuer und eine Vermögenssteuer
- Wir brauchen eine Gemeindefortschrittssteuer statt einer Gewerbesteuer. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum beispielsweise Ärzte und Steuerberater von der Gewerbesteuer befreit sind.
- Wir brauchen einen Einkommenssteuersatz wie zu Zeiten von Helmut Kohl; da lag er bei 53 Prozent
- Wir brauchen wieder die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Betätigung der Städte. Fast alle Möglichkeiten der Kreise und Städte mit Ihren Leistungen Geld zu verdienen sind ihnen zugunsten von Privatfirmen entzogen worden. Die Verlustbringer bleiben allerdings.

Das muss sich wieder ändern!

Einige wenige werden immer reicher und mit jeder Privatisierung steigt ihr Vermögen, werden Arbeitsplätze zugunsten einer höheren Rendite weg rationalisiert.

Rede zum Haushalt 2017

von Ralf Michalowsky, DIE LINKE

am 21.11.2016 im Kreistag von Recklinghausen

Schauen Sie mal im Internet auf die "Bundesreichtumsuhr". In weniger als einer Sekunde steigt das Vermögen der Reichen um 2.000 Euro, das sind 10 Mio. Euro jede Stunde an Reichtumsvermehrung.

Am anderen Ende ist jeder 10. in Deutschland überschuldet.

Derzeit sind in Deutschland 174.000 Menschen ab 70 Jahren davon betroffen - dies entspricht einer Zunahme von 25.000 Fällen oder 16 Prozent.

In NRW liegen wir bei 11,52 %.

Besonders schwerwiegend sind die Probleme im Ruhrgebiet. In vielen Städten steigt die Zahl der Überschuldungsfälle überdurchschnittlich schnell. Herne und Gelsenkirchen führen die Liste mit jeweils 17,6 % an.

Das Statistische Bundesamt schreibt im Juli dieses Jahres:

„Die Hauptauslöser der Überschuldung liegen überwiegend außerhalb der Kontrolle der Überschuldeten.“

Aber, solange Politiker lieber Mängel verwalten, statt notwendige Entscheidungen für eine gerechtere Vermögensverteilung zu fällen, wird dieser Kreistag sich noch in zwanzig Jahren mit seiner Überschuldung befassen müssen.

- Wem nutzt es eigentlich, dass manche Familien schon in der dritten Generation von Sozialhilfe leben müssen?
- Wem nutzt es eigentlich, dass in NRW jedes fünfte Kind arm ist?
- Wem nutzt es eigentlich, dass im Kreis Recklinghausen 23,2 % der Kinder, also jedes vierte Kind, in Armut leben?

Ich kann Ihnen sagen wem das nutzt. Es nutzt denjenigen, die dafür sorgen, dass wir mehrere hunderttausend Aufstocker haben, dass Hunderttausende in Zeitarbeit sind, dass Millionen Menschen zum Mindestlohn arbeiten und dass die Zahl der geringfügig Beschäftigten permanent steigt.

Außerdem steigert das die Bereitschaft von Jugendlichen in den Krieg zu ziehen - allein in diesem Jahr haben schon 1.576 Personen im Alter von 17 Jahren ihren militärischen Dienst bei der Bundeswehr angetreten, so das Bundesministerium für Verteidigung.

Mit der Drohung, dass es einen noch schlechter treffen könnte, werden Arbeitnehmer ausgepresst und gefügig gemacht.

Vollmundige Versprechen ohne jegliche Wirkung bringen da gar nichts.

Schlechtestes Beispiel ist die gebetsmühlenartige Wiederholung der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft:

„Ich werde kein Kind zurücklassen!“

Die Zahl der in Armut lebenden Kinder steigt derweil von Jahr zu Jahr.

Kürzlich meinte Frau Kraft, dass ihr Programm langfristig angelegt sei und Zeit brauche.

Wahrscheinlich werden die heute in Armut lebenden Kinder schon in der Altersarmut gelandet sein, wenn das Programm von Frau Kraft Wirkung zeigt.

Rede zum Haushalt 2017

von Ralf Michalowsky, DIE LINKE

am 21.11.2016 im Kreistag von Recklinghausen

Ich frage mich nur noch, ist das Absicht oder Unvermögen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

langer Rede, kurzer Sinn: wir müssen jetzt etwas tun und nicht in einigen Jahren.

Unser Land ist reich, eines der reichsten Länder der Welt.

Und wir alle wissen genau, dass dieser Reichtum falsch verteilt ist.

Das Privatvermögen von 5 % der Bevölkerung ist dreimal so hoch wie die Schulden der Kommunen, der Länder und des Bundes zusammen genommen.

Das müssen wir umkehren, dann klappt es auch mit dem Kreishaushalt.....

... den wir übrigens ablehnen.

- er finanziert den newPark mit, ein Wolkenkuckucksheim! Man redet von bis zu 8.000 Arbeitsplätzen und Industrie 4.0. Das ist ein Widerspruch in sich. Industrie 4.0 zielt darauf ab, möglichst wenig Menschen zu beschäftigen.
- er beinhaltet Kürzungen und stagnierende Ausgaben in sozialen Bereichen
- das Fluktuationskonzept vernichtet Arbeitsplätze, sorgt für Arbeitsverdichtung und steigende Überlastungssymptome bei den MitarbeiterInnen der Verwaltung wegen des Stellenabbaus

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und die überaus große Aufmerksamkeit!